

25. AUG. 1960



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 0886890

P/XV/193 - 25. August 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Nacktester Parteiegoismus

75

Zur Verschärfung des Fernsehkonfliktes

Von Heinz Kühn, MdB

3

Bewunderung für die Ostberliner SPD

30

Unerwartete Auswirkungen der SED-Hetze

3

Besorgnisse in Frankreich

21

Angst vor dem militärischen Übergewicht der Bundesrepublik

4 - 5

Wellengang im Karibischen Meer

81

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

6 - 7

Sozialdemokraten in der Verantwortung

Aufbauleistungen in deutschen Städten

Wilhelmshaven - Die grüne Stadt am Meer

102

Von Oberbürgermeister Reinhard Pieter

* * * * *

Nacktester Parteiegoismus

Zur Verechärfung des Fernsehkonfliktes

Von Heinz Kühn, MdB

Der Fernsehkonflikt hat durch eine einem absolutistischen Souverän vielleicht angemessene Willkürmassnahme die äusserste Zuspitzung erfahren. Nachdem der CDU-Kanzler trotz aller Pressionen keinen einzigen CDU-Ministerpräsidenten freiwillig für seine Adenauer-Schäffer-GmbH gewinnen konnte, hat er nunmehr als CDU-Parteichef versucht, sie als CDU-Vorstandsmitglieder unter dem Druck der Parteidisziplin gleichzuschalten. Die Neigung Adenauers, Rechtsfragen zu Machtfragen zu degradieren, zeigte sich übrigens dabei aufs neue an dem aus der Sitzung berichteten Kanzlerwort, er könne sich keinen Juristen vorstellen, der die Unwirksamkeit des Norddeutschen Staatsvertrages, der als Landesgesetz den Länderchef von Hassel bindet, nicht begründen könne.

Unter der Abstinenz der dem Parteivorstand angehörenden CDU-Länderchefs hat Adenauer sich die Akklamation der CDU-Parteifunktionäre für eine Konstruktion geben lassen, die alle seine bisherigen Behauptungen Lügen straft. Lange lehnte der Bundeskanzler Verhandlungen mit den Ländern ab, weil er sich an den Mehrheitsbeschluss des Bundestages gebunden fühle, d.h. an den Beschluss seiner eigenen CDU-Mehrheit, Rundfunk und Fernsehen nur durch Bundesgesetz zu ordnen. Nunmehr jedoch setzt er durch eine Gabe die Länderrechte einfach ausser Kraft und usurpiert das wirkungsmächtigste Instrument der Meinungsbildung durch eine private Erwerbsgesellschaft für einen einseitigen Interessenten: seinen Regierungspartei Apparat. Alle übrigens allzu fa-denscheinige Verkleidungen können diese nackte Absicht nicht verschleiern. Was entgegen diesem einseitigen Herrschaftsanspruch bei der Ordnung des Rundfunks vorzuziehen wäre, hat Prof. Eschenburg in der "Zeit" geschrieben: Angesichts der verfassungspolitischen Bedeutung dieses Instruments sei allein nur eine mit Zweidrittelmehrheit des Bundestages zu beschließende organisatorische Ordnung und politische Gestaltung angemessen.

Der Griff nach den Gebühren, die die Bundesregierung damit ihrer einseitigen Bewirtschaftung und Kontingentierung unterwirft, würde zudem auch das Erste Fernsehprogramm und alle Hörfunk-Programme grundsätzlich an die Kette der Regierungsfinanzierung legen, die je nach dem Masse regierungskörigern Wohlverhaltens der Sender kürzer oder länger

25. August 1960

gehalten werden könnte. Denn wer das Recht hat, heute die Gebühren-
zuteilung zu halbieren, kann morgen noch einmal den Rest nach eigenem
Ermessens als Strafe reduzieren oder als Gunst vergrößern.

Verdient diese allgemein verurteilte Methode Adenauers, die nun-
mehr auf die Spitze getrieben worden ist, um der Sache eines zweiten
Fernsehprogramms willen etwa mildere Beurteilung? Das auf Popularität
spekulierende Spiel der Bundesregierung mit den berechtigten Wünschen
der Fernsehzuschauer ist ein Falschspiel. Sie hat dabei mit fauchenden
Fingern die Karten zu mischen versucht, aber der schwarze Peter
bleibt in ihrem Blatt, die Schuld bleibt auf ihr sitzen. Schon lange
könnte auf Bund-Länder-Grundlage ein zweites Fernsehprogramm auf den
Bildschirmen sein, wenn die Bundesregierung nicht ihren eigenen
Verhandlungsführer, Staatssekretär Bleck, dasavouriert hätte. Vor-
während bereits waren bis zu Vertragstexten geriffte fertig ausgear-
beitete Organisationsgrundlagen vorhanden, die damals von Schröder
als den machtpolitischen Ansprüchen der Bundesregierung nicht aus-
reichend entgegenkommend archiviert wurden.

Nunmehr kommt es in der Tat aufs Handeln an, aber auf ein um der
Sache willen richtiges und um der Demokratie willen rechtliches Handeln.
Es sind der Öffentlichkeit schon seit Jahren praktisch durchführbare
Vorschläge für die Organisation eines zweiten Fernsehprogramms unter-
breitet worden, die die Ausstrahlung eines weiteren Programms ab 1.
Januar 1961 - ein Datum, das um des berechtigten Interesses der Zu-
schauer willen eingehalten werden muss und auch eingehalten werden kann -
unter Wahrung der sachlichen Interessen des Bundes, der verfassungsmä-
ßigen Rechte der Länder, der fairen Beteiligung der politischen, religi-
ösen und sozialen Kräfte unseres Volkes und in der Form einer größt-
möglichen Konkurrenz zum Ersten Programm bei weitest möglicher Koordina-
tion mit ihm sichern können.

Nun kommt es darauf an, dass die CDU-Länderechefs Seite an Seite mit
denen der SPD gemeinsam handeln, nicht um der Interessen von Parteien,
sondern um der Existenz unserer Demokratie willen. Ein CDU-Minister hat
sich und seinen Kollegen angesichts des brüskierenden Verhaltens von
Adenauer die Frage vorgelegt, "ob es mit einem Mindestmass an Selbst-
achtung noch vereinbar ist", als Landesminister der CDU tätig zu sein.
Man hilft kein Protestieren, jetzt ist Agieren erforderlich - und zwar
vor den Schranken des Verfassungsgerichte, wie Hamburg es bereits getan
hat, aber auch durch eine gemeinsame Länderaktion zur Schaffung eines
zweiten Fernsehprogramms ab 1. Januar 1961 durch einen Länderver-
trag, der der Bevölkerung anstelle eines abhängigen Wahlfernsehens die
Wahl eines unabhängigen Fernsehprogramms ermöglicht. + + + -3 -

Bewunderung für die Ostberliner SPD

sp - Für die Herren in Pankow gewisse unerwartet sind die Auswirkungen der gegen führende Sozialdemokraten im Berliner Ostsektor gerichteten massiven Drohungen, vor allem gegen die beiden Bundestagsabgeordneten Grete Heiser und Kurt Neubauer. Der Zweck dieser nun schon seit Wochen geführten Aktion ist offensichtlich. Die SED-Führung hofft durch ihre Verunglimpfungen und verleumderischen Behauptungen das Vertrauen der Ostberliner SPD-Mitglieder zu ihren freigewählten Spitzenvertrauensmännern zu zerstören und damit auch die Basis zu zerschlagen, die für die Ostberliner SPD durch eine Viermächtevereinbarung für ihre, wenn auch wesentlich eingeschränkte Tätigkeit gegeben ist. Der Kernsatz dieser Vereinbarung heisst: "Den Sozialdemokraten sind keine Hindernisse in den Weg zu legen". Das Gleiche gilt für die auch in Westberlin zugelassene SED. In Westberlin kann sich die SED ungehemmt betätigen, ihr Ausdehnungsdrang findet jedoch eine natürliche Begrenzung in dem leidenschaftlichen Abwehrwillen der Berliner gegen jede Art von Diktatur. Es gehören Mut und hohe politische Moral dazu, sich in Ostberlin zur SPD zu bekennen. Ihre Mitglieder sind dem mannigfaltigsten Druck ausgesetzt, sie dürfen keine öffentlichen Versammlungen abhalten, was aber die Pankower Herren am meisten fürchten, ist die Ausstrahlungskraft, die von der Existenz dieser 6000 in die Bevölkerung nicht nur Ostberlins hineinwirkt. Allen bisherigen Versuchen, der Ostberliner SPD das Lebenslicht auszublauen, blieb der Erfolg versagt und er wird auch in der Zukunft versagt bleiben. In Ostberlin stehen Sozialdemokraten auf Vorposten im Ringen um die Bewahrung des inneren Zusammenhaltes unserer Nation und sie können sich dabei auf die uneingeschränkte politische und moralische Unterstützung der ganzen deutschen Sozialdemokratie berufen. Den Ostberliner Sozialdemokraten gehört die Bewunderung der Gesamtpartei, aber auch die Sympathie aller freibeitlich gesinnten Kräfte in unserem Volk. Die Berliner SPD ist kein Experimentierfeld für kommunistische Spaltungsversuche, das wird Herr Ulbricht auch diesmal wieder zur Kenntnis nehmen müssen.

+ + +

Besorgnisse in Frankreich

Auch in Frankreich erheben sich im Zusammenhang mit den Atomwaffenforderungen der Bundeswehr und dem Vorschlag der Snares, der Bundesrepublik den Bau von 6000 t-Schiffen zu ermöglichen, besorgte Stimmen. "Ein Sieg der deutschen Admirale", titelt "Le Monde" und merkt, es sei allerdings absurd, den bundesdeutschen Streitkräften Aufgaben zu stellen, ohne ihnen die entsprechenden Mittel zur Erfüllung dieser Aufgaben zu geben. Die grosse Pariser Abendzeitung ist aber offensichtlich schon mit der Zielsetzung und Arbeitsteilung im atlantischen Lager nicht einverstanden und schlussfolgert: "Die Bundesrepublik entwickelt ihre Streitkräfte und bereitet geduldig ihre Rückkehr auf die offene Meere vor, wodurch sie späterhin eine grössere Rolle in der Militärhierarchie der NATO wird verlangen können, insbesondere in atlantischen Oberkommando".

Es versteht sich von selbst, dass diese Perspektive der meisten Franzosen nicht gefällt.

In Paris wird auch Sorge darüber geäussert, dass Deutschland, infolge der Belastung Frankreichs in Algerien, in Europa ein militärisches Übergewicht erhält, was ursprünglich vermieden werden sollte. "Le Monde" ist nicht das Sprachrohr der Regierung, aber doch das grosse Organ der französischen öffentlichen Meinung. Wenn es in diesen Tagen an hervorragender Stelle zu den Verhältnissen zwischen Paris und Bonn Stellung nimmt, sollte das nicht überhört werden.

+ + +

Wellengang im Karibischen Meer

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Die Inselwelt des Karibischen Meeres, welche Kolumbus als ersten Vorposten des amerikanischen Kontinentes entdeckte, liefert gegenwärtig den amerikanischen Staatsmännern zwei Brennpunkte der Unruhe und anti-demokratischen Bestrebungen. Neben Kuba beschäftigt die Organisation der amerikanischen Staaten Santo Domingo, ein Staat, welcher Zweidrittel der Grossinsel Haiti umfasst. Während aber die antikordamerikanischen Brandreden des gegenwärtigen Beherrschers Kubas und seine Anbiederungen an Sowjetrußland (und die Sowjetzone) fast täglich die deutsche Presse beschäftigen, war der Fall Santo Domingo bisher fast nur Gegenstand von Protesten in der internationalen Gewerkschaftspresses. Gelegentlich wurde ausserhalb Amerikas zur Kenntnis genommen von Anklagen der aus der Diktatur zum Parlamentarismus zurückgekehrten Nachbarstaaten Santo Domingos, wie Venezuela und Kolumbien, die sogar ihre Beziehungen zu dem Inselstaat abgebrochen haben, aber im Allgemeinen hat dieser Staat mit seinen rund zwei Millionen Einwohnern kaum Sensationen. So ist es eine Überraschung, dass jetzt neben Kuba Santo Domingo vor das Forum der panamerikanischen Gipfelkonferenz in Costa Rica zitiert wurde und Washington sogar seinen Ausschluss aus dem panamerikanischen Staatenverband vorschlug. Die Demokraten sowie die freiheitlich und rechtlich denkenden Schichten Lateinamerikas aber atmen auf, wenn sie auch bitter darauf hinweisen, dass diese Haltung und Aktion schon seit 30 Jahren fällig sei!

Seit dem Jahre 1930 nämlich ist Santo Domingo eine Diktaturherrschaft der Familie Trujillo. Man kann moderne politische Bezeichnungen wie "Faschismus" oder "Rechtsdiktatur" für die Art, in der Santo Domingo regiert wird, benutzen. Aber sie stimmen nicht ganz. Man muss auf den Familienabsolutismus europäischer Fürsten des 17. und 18. Jahrhunderts verweisen, um ein richtiges Bild zu erzielen. Die Familie Trujillo regiert mit eiserner Faust - und mit grosszügigen Geschenken für diejenigen, die sich ihr als "treue Diener" zeigen. Sie wurde anfangs und während des Weltkrieges von Washington gestützt. Anfangs, weil der General Rafael Leonidas Trujillo y Molina der erste Präsident war, der nach dem im Jahre 1922 erfolgten Ende einer nordamerikanischen Besetzung sich politisch durchsetzen konnte und eine moderne ordentliche Verwaltung einzuführen vermochte. Während des Weltkrieges brauchte

die man die/Einfahrt zum Karibischen Meer beherrschende Insel. Mit groß-
zügiger Lächerlichkeit nahm man hin, daß ihre Hauptstadt auf den Namen
"Trujillo" umgetauft wurde, als Ausdruck eines harmlosen Marionetten-
staates betrachtete man die Anbringung goldener Balkongeländer am
Präsidentenpalast, den Prunkbau eines angeblichen Kolumbusgrabes, die
Schaffung einer prunkvollen Leibgarde und eines vornehmen Bordell-
viertels, dessen Überwachung und Besteuerung einem Bruder Trujillos zu-
gewiesen wurde. Erst als im Jahre 1951 auch die letzten Machtbeschrän-
kungen der Familie Trujillo durch das Recht "ausserordentlicher Voll-
machten" beseitigt wurden, begann man in Washington unruhig zu werden.

In den letzten zehn Jahren wurde das Regime über Santo Domingo
von der Internationalen Arbeitsorganisation als unsozial und gewerk-
schaftsfeindlich gebrandmarkt. Die demokratischen Staaten Südamerikas
protestierten dagegen, dass die gestürzten Diktatoren Argentiniens,
Venezuelas und Kolumbiens Asyl mit allen Ehren auf der Insel fanden, ein
Sohn Trujillos wurde aus den Vereinigten Staaten ausgewiesen, weil er
statt zu studieren Hochstapler und Lebemann spielte. Noch schlimmer
waren Morde an geflüchteten Politikern Santo Domingos, die mit Trujillo
gebrochen hatten. Den Ausschlag für die gegenwärtige Anklage bildet die
Anschuldigung, dass das Attentat, was vor einigen Monaten gegen den
Präsidenten Venezuelas, Betancourt, erfolgte, in Santo Domingo organi-
siert wurde. Der Friedensausschuss der panamerikanischen Staatenorgani-
sation erklärte im Juni 1960 die folgenden Charakteristiken der Diktatur
Trujillos auf "Verbot freier Versammlungen und freier Rede, willkür-
liche Verhaftungen, grausame und unmenschliche Behandlung politischer Ge-
fangener und Gebrauch von Einschüchterung und Terror als politisches Werk-
zeug".

Die eben beendigte Konferenz der Außenminister der amerikanischen
Staaten hat aus diesen Feststellungen die Konsequenzen gezogen. Man hat
beschlossen, scharfe politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen die
Dominikanische Republik einzuleiten. Der Anachronismus, daß zwei Mill.
Menschen von einer Diktatorfamilie als persönliches Eigentum behandelt
werden, soll beseitigt werden. Freie Wahlen sollen aus Santo Domingo einer
modernen Rechtsstaat machen. Ob es diesmal gelingt?

Seit ihrer Entdeckung durch Kolumbus ist die Insel Haiti, auf der
sich die Staaten Santo Domingo und die Republik Haiti herausgebildet
haben, fast ständig Herd innerer Unruhen und Objekt kolonialer Unter-
drückung oder einheimischer schwarzer oder weißer Tyrannen gewesen.
Sklavenfreier, Seeräuber, Spanier, Franzosen und Engländer haben Teile
der Insel besetzt gehalten. Auch die Nachbarrepublik Haiti ist Sitz einer
mehr oder weniger brutalen Diktatur. Und dicht neben Haiti liegt Kuba.
Man muss damit rechnen, dass dieser "gute Nachbar" alles tun wird, die
Umwandlung der dominikanischen Familiendiktatur in ein demokratisch-par-
lamentarisches Regime zur Einschleusung kommunistischer Propaganda zu
missbrauchen. Wellengang, Strömung und Gegenströmung sind seit jeher im
Karibischen Meer heimisch gewesen. + + +

Wilhelmshaven - die grüne Stadt am Meer

Von Oberbürgermeister Reinhard Nieter

Daß in einer Stadt wie Wilhelmshaven, die ihr Entstehen allein einem Kriegshafen verdankt und somit mehr als 90 Jahre hindurch bei ihrer Entwicklung ausschließlich auf den mehr oder weniger starken Strom von Staatsgeldern für die Kriegsmarine und deren Hafen angewiesen war, die Stellung des Bürgers etwas ungewöhnlich war, bedarf wohl keiner Erläuterung. Hafer und Werft ernährten diese Stadt, und sie war deren Dienerin; manchmal willig, öfters auch widerpenstig, wie das so ist, wenn zwei unlösbar verbunden sind.

Die Bezeichnung "Bürger" dürfte zumindest für die ersten Jahrzehnte für die Einwohner der jungen Gemeinde etwas überheblich klingen. In dem preußischen Jadegebiet galten von der Übernahme von Oldenburg im Jahre 1853.-1869 die Rechtsverhältnisse Oldenburgs weiter. Nun erst wurde dieses Gebiet zu einer Gemeinde mit städtischer Verfassung erhoben und durfte sich ein Bürgervorsteher-Kollegium wählen, und zwar nach dem Muster der Städte des vormaligen König reichs Hannover, das 1866 preußische Provinz geworden war. Hier wohnten in der Folge vornehmlich höhere Beamte und Offiziere; ferner gaben Handwerker und Geschäftsleute dieser Stadt das kommunale Gepräge.

Sozialdemokratische Pioniere

Ganz anders war es im umliegenden oldenburgischen Gebiet. Hier prägten Arbeiter das Gemeindeleben. Zunächst konnte man von einem solchen kaum sprechen. Wer an die gottverlassene Ecke an der Jade kam, hatte weder Geld noch Gut, höchstens seine Arbeitskraft, und die wurde in jener Zeit nur kümmerlich gewertet. Wenn damals die politisch interessierten Kräfte in der Arbeiterschaft bald bestimmenden Einfluß in diesen Gemeinden an der Jade gewannen, dann verdanken sie das nicht nur ihrer Überzahl, sondern vor allem ihrer festen politischen Vorstellungen. Es war ja nur zu natürlich, daß sich unter den in der Zeit von 1854 bis 1914 aus allen Teilen Deutschlands hier ansässig Gewordenen auch viele Sozialdemokraten befanden. Sie stürzten sich mit Begeisterung zunächst in die Organisation der führunglosen Haufen und erreichten damit Einfluß und selbstverständlich Wählerstimmen, die sie brauchten, wenn sie die gute Stube des Gemeindevorstehers zu einem neuzeitlichen Rathaus umformen wollten. Und das taten sie dann auch gründlich.

Neue Arbeitsstätten

Mehr als 44 000 Arbeitnehmer waren in den letzten Kriegsjahren in den Marinebetrieben beschäftigt. Auf Beschluß der Alliierten gab es nach 1945 keine deutsche Kriegsmarine mehr. Die Menschen standen vor dem Nichts. Das Stadtgebiet war durch 100 schwere Bombenangriffe ein grosses Trümmerfeld geworden. Die Besatzungsmacht bemühte sich mit allen Mitteln, was im Hafen noch heil war, nun ganz zu zerstören. 14 000 Flüchtlinge wurden in diese Öde auch noch eingewiesen, und wieder waren es Sozialdemokraten, die nun für Ordnung sorgten, die Voraussetzungen zum Wiederaufbau schufen und die Bevölkerung aufriefen, Hand anzulegen und nicht zu verzweifeln.

Unter sozialdemokratischer Führung zog die Stadt neue Unternehmen heran, so daß gegenwärtig rund 43 000 erwerbstätige Personen nachgewiesen werden. Zum anderen verfügt die Stadt Wilhelmshaven bei 102 000 Einwohnern über drei Altersheime mit einer Pflegestation für Sieche und einem Pflegehaus mit zusammen 660 Betten. In diesen Heimen, die durchweg voll ausge-

nutzt werden, wird alten und bedürftigen Personen vorbildliche Ver-
pfllegung und liebevolle Betreuung geboten. Ein Kinderheim mit Säuglings-
station bildet mit dem Kinderkrankenhaus, dem 60 Betten zur Verfügung
stehen, eine wirtschaftliche Einheit und verfügt über 70 Betten. In
dieser Hause befindet sich ferner eine staatlich anerkannte Schule für
Säuglings- und Kinderschwestern unter der Leitung eines Facharztes. Et-
wa 30 km von der Stadt entfernt, in waldiger Gegend, werden in einem
städtischen Kinder-Erholungsheim gesundheitlich geschwächte Schulkin-
der ärmerer Eltern wieder auf die Höhe gebracht, so daß sie dem Schul-
betrieb wieder voll gewachsen sind. Daß eine umfangreiche Säuglings-,
Kleinkinder- und Schulkinder-Pfirsorge und Mütterberatung durchgeführt
wird, gehört heute zu der Selbstverständlichkeiten. Die 600 Betten der
städtischen Krankenanstalten befinden sich in einem stark bombengeschädig-
ter städteigenen Gebäude, dem früheren Werftkrankenhaus und dem alten
Marinelazarett, welches ebenfalls grosse Bombenschäden aufweist. Die
beiden letzteren sind Bundeseigentum. Da in dieser völlig unzureichenden
Gebäudekomplex eine neuzeitliche Krankenbetreuung nicht zu erzielen ist,
wurde nunmehr mit dem Bau einer neuen Anlage begonnen.

Errichtung dreier Hochschulen

Als die Preußen 1853 an die Jade kamen, waren in den beiden Olden-
burger Gemeinden zwei einklassige Schulen vorhanden. 1875 folgte der
erste Neubau mit acht Klassen, die aber längst nicht ausreichten, so daß
man eine auf dem nahen Friedhof befindliche unbeheizbare Leichenhalle
als Klassenraum mit zu Hilfe nehmen mußte. Wie mag es da mit dem Schul-
besuch und dem Schulbetrieb ausgesehen haben! Im Frühjahr 1945 war es
wieder ähnlich. Von 36 Schulgebäuden der Stadt waren 18 mit 173 Klassen-
räumen im Kriege total zerstört worden. Alle übrigen mussten erst wieder
benutzbar gemacht werden. Heute verzeichnet die Statistik 247 Klassen-
räume für Volksschulen und 186 für weiterführende Schulen. Außerdem
sind drei Hochschulen anzuführen, die Wilhelmshaven nie hatte: eine
höhere Wirtschaftsfachschule, eine staatliche Landbauschule, ein
Propädeutikum, ferner an Forschungsinstituten die Vogelwarte Helgoland,
das Max-Planck-Institut für Meeresbiologie und die Senckenbergische
Forschungsanstalt für Meeresgeologie und Meeresbiologie. Ein Theater-
bau mit 750 Sitzplätzen konnte schon 1952 seiner Bestimmung übergeben
werden, während ein Bibliotheksgebäude mit Räumen für die Volkshoch-
schule zur Zeit gebaut wird. Gerade diesen kulturellen und schulischen
Einrichtungen gilt die besondere Liebe der sozialdemokratischen Mehrheit
im Stadtgebiet.

Wohnungen mit Siedlungscharakter

Da diese Stadt in einer Zeit entstand, in der schon nach Licht, Luft
und Grün für den Stadtbewohner gerufen wurde und ein Osterparadiessgang
Goethescher Dichtung hierfür kein ausreichender Ersatz mehr war und sich
schon vor der Jahrhundertwende sozialdemokratische Kräfte mit Hilfe von
Baugenossenschaften in der Wohnungs- und damit den Städtebau einschalte-
ten, gehören von den 30 600 Wohnungen im Stadtgebiet gegenwärtig mehr
als 12 000 gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und rund 2 000 ausserdem
dem Bund. Der grösste Teil dieser 14 000 Wohnungen trägt Siedlungs-
charakter mit Hausgärten, Kinderspielplätzen und anderen Grünanlagen.
Sie und die weiten Parks und Anlagen tragen Wilhelmshaven die Bezeichnung
einer "grünen Stadt am Meer" ein, während das Rathaus mit dem wuchtigen
Turm als "sozialdemokratische Burg" weit über Land und Meer grüsst.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markschaffel